

SPD-NRW bleibt in Sachen Studiengebühren
wenig glaubwürdig
(Presseerklärung Niema Movassat)



Zur Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion keine Verfassungsklage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen die Einführung von Studiengebühren im Land einzulegen erklärt Niema Movassat, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS-NRW:

Aus Sicht der SPD-NRW muss das Erststudium gebührenfrei sein. Dennoch wird sie keine Verfassungsklage anstreben. Dies begründet sie u.a. damit, dass die Entscheidung durch die Wähler/innen und nicht durch Richter/innen gefällt werden sollte. Diese Argumentation ist in-sich weder logisch noch politisch konsequent.

Denn wenn es so ist, dass das Studiengebührenmodell verfassungswidrig ist, dann ist es nur richtig und konsequent, dass dies gerichtlich auch festgestellt wird. Immerhin geht es um sehr viel Geld, dass Leuten aus der Tasche gezogen wird, die im Schnitt nicht viel haben.

Die SPD-NRW zeigt mit ihrer Entscheidung, dass sie weniger an der Seite der Studierenden steht, als sie öffentlich gerne kundtut. Denn würde sie an deren Seite stehen, würde sie alle möglichen Schritte gegen Gebühren mitgehen. Ohne die Abgeordneten der SPD ist eine Verfassungsklage nicht möglich, das weiß sie. Sie verhindert damit also einen möglichen Widerstandsweg gegen Studiengebühren.

Letztlich zeigt die SPD-NRW damit nach der Einführung des Studienkontenmodells, welches ein erster Schritt in Richtung Studiengebühren war, ein weiteres mal, dass sie kein glaubwürdiger Partner im Kampf gegen Studiengebühren ist.